

6 Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe

GEORG GLASZE, ANNIKA MATTISSEK

Potenziale der Hegemonie- und Diskurstheorie für humangeographische Arbeiten

Die Hegemonie- und Diskurstheorie der Politikwissenschaftler_innen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Fluchtpunkt poststrukturalistischer Theoriebildung entwickelt und hat zahlreiche empirische Arbeiten der Diskursforschung inspiriert und angeleitet (Laclau und Mouffe 1985; Laclau 1990, 2005; Mouffe 2000, 2005 [1993]; zum Überblick über die Rezeption vgl. Marchart 1998; Howarth, Norval und Stavrakakis 2000; Nonhoff 2007).

Im Zentrum der Arbeiten von Laclau und Mouffe steht das Interesse, gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie die damit zusammenhängenden Machtverhältnisse zu hinterfragen und in ihrer Kontingenz offen zu legen – d. h. deutlich zu machen, dass diese immer das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse und damit prinzipiell veränderlich sind.

Ein Fokus der Theorie liegt auf der Frage, wie sich Identitäten diskursiv konstituieren, d. h. welche Mechanismen die Identifikation von Individuen mit bestimmten Leitbildern, Vorstellungen, Programmen und Gemeinschaften steuern. Laclau und Mouffe zufolge sind diese Mechanismen maßgeblich für die Frage, welche sozialen Grenzen gezogen werden und welche Themen in der politischen Arena verhandelt werden.

Entsprechend ihrer theoretischen Verortung in poststrukturalistischen Ansätzen legen die Autoren besonderen Wert auf die Konzeptualisierung von Brüchen und Widersprüchen innerhalb von Diskursen

sowie auf – oftmals konfliktgeladene – Prozesse der Veränderung und des diskursiven Wandels. Laclau und Mouffe verfolgen dabei einen dezidiert politischen Anspruch: Die Kritik an essenzialistischen Denkschemata soll die Chance für neue emanzipatorische Praktiken eröffnen (Mouffe 2005 [1993], 2007a [2004]).

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die Anwendung des Konzeptes für humangeographische Fragestellungen und allgemein für sozial- und kulturwissenschaftliche Arbeiten, die sich mit dem Verhältnis von Diskurs und Raum auseinandersetzen, insbesondere die beiden folgenden Schwerpunkte ausmachen:

- Zum einen entwickelt die Theorie ein radikal konstruktivistisches Konzept von Identität. Humangeographische Arbeiten untersuchen in diesem Kontext, inwieweit in Identitätskonstrukten Differenzierungen von Eigenem und Fremden mit räumlichen Differenzierungen verknüpft werden, d. h. welche Ein- und Ausschlüsse vorgenommen werden und welche gesellschaftlichen (Macht-)Strukturen damit produziert und reproduziert werden (und dies sowohl auf einer lokalen bspw. städtischen Maßstabsebene als auch im Bereich der internationalen Beziehungen, s. u.).
- Darüber hinaus werden politische Konflikte aus einem radikal anti-essenzialistischen Verständnis von Gesellschaft heraus analysierbar, in dem politische Positionen nicht als objektiv gegeben, sondern als instabile Ergebnisse diskursiver Identifizierungs- und Grenzziehungsprozesse konzeptionalisiert werden. Die Theorie stellt damit einen Rahmen zur Verfügung, um die Durchsetzung planerischer und weltanschaulicher Leitbilder, bspw. in der Raumplanung oder in der Stadtpolitik, konzeptionell zu fassen. Damit können Konflikte zwischen verschiedenen diskursiven Rahmungen herausgearbeitet sowie die Mechanismen untersucht werden, mit denen Allianzen zwischen einzelnen Positionen hergestellt werden.

Insgesamt hilft die Diskurs- und Hegemonietheorie dabei, den Blick für die Ambivalenzen und Heterogenitäten zu schärfen, die innerhalb sozialer Wirklichkeiten bestehen. Im Fokus der Analyse steht also weniger die vermeintliche Homogenität von Diskursen, sondern eher deren permanente Unabschließbarkeit und Veränderlichkeit.

Ausgangspunkt: Kritik an der Idee gegebener sozialer Strukturen

Zentral für die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe ist es, dass sie eine Theorie des Politischen und des Sozialen entwickeln, welche eine Konzeption politischer Auseinandersetzungen, der Konstitution von Identitäten sowie des Sozialen insgesamt leistet, ohne auf die Idee vorgängig gegebener sozialer Strukturen oder die Idee autonomer Subjekte zurückzugreifen. Vielmehr werden auch die in Konflikten involvierten politischen Akteure und ihre Interessen als Ergebnisse und nicht als Ausgangspunkte von Auseinandersetzungen konzeptionalisiert: „Political identities are not pre-given but constituted and reconstituted through debate in the public sphere. Politics, we argue, does not consist in simply registering already existing interests, but plays a crucial role in shaping political subjects“ (Laclau und Mouffe 2001: xvii).

Diesen Gedanken der diskursiven Konstitution von Identitäten führen die Autor_innen insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem in marxistischen Ansätzen geprägten Konzept von „Klassensubjekten“ aus. Laclau und Mouffe zufolge sind auch der Bereich der Ökonomie und folglich auch die hieraus resultierenden ökonomischen Klassen und deren Konflikte diskursiv hergestellt. „It is not the case that the field of the economy is a self-regulated space subject to endogenous laws; nor does there exist a constitutive principle for social agents which can be fixed in an ultimate class core; nor are class positions the necessary location of historical interests“ (Laclau und Mouffe 1985: 85).

Auch wenn der Ausgangspunkt von Laclau und Mouffe also strikt anti-essenzialistisch ist, d. h. ohne Vorstellungen eines ökonomischen Determinismus oder von Interessenskonflikten vordiskursiv bestehender Klassensubjekte auskommt, teilen die Autor_innen doch das Forschungsinteresse marxistischer Theorien an der Analyse und Kritik gesellschaftlicher Machtverhältnisse und verstehen sich in diesem Sinne als postmarxistisch. Im Gegensatz zu marxistischen Ansätzen stehen dabei aber weder die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen „Klassen“ im Vordergrund, die als bestimmt von den wirtschaftlichen Verhältnissen gedacht werden, noch die Verhältnisse zwischen den vermeintlich getrennten Feldern sozialer Wirklichkeit wie „Politik“, „Ökonomie“ und „Ideologie“. Vielmehr geht es in erster Linie darum, gerade die Bedingungen der *diskursiven Konstitution* dieser Kategorien und der dadurch etablierten Beziehungen aufzudecken. Ziel ist es folglich herauszuarbeiten, dass diese Kategorien nicht objektiv gegeben sind, sondern als „sedimentierte“, d. h. verfestigte, Diskurse gelesen werden können. Indem diese Kategorien problematisiert und hinterfragt werden, werden die Ka-

tegorien als Konstruktionen erkennbar. „Sedimented theoretical categories are those which conceal the acts of their original institution, while the reactivating moment makes those acts visible again [...] Instead of dealing with notions such as ‚class‘, the triad of levels (the economic, the political and the ideological) or the contradictions between forces and relations of production as sedimented fetishes, we tried to revive the preconditions which make their discursive operation possible, and asked ourselves questions concerning their continuity or discontinuity in contemporary capitalism“ (Laclau und Mouffe 2001: viii).

Die Theorieanlage von Laclau und Mouffe kommt also ohne die Annahme einer prädiskursiven Basis der sozialen Organisation aus. Identitäten und soziale Machtverhältnisse sind danach immer historisch spezifisch und kontingent, damit veränderbar und in diesem Sinne politisch. Kollektive Identitäten und damit Gemeinschaften („die Arbeiterklasse“, aber auch „Deutschland“, „die Arabische Welt“) entstehen demnach nicht auf der Basis objektiv gegebener gemeinsamer Eigenschaften, sondern werden erst in diskursiven Prozessen hervorgebracht. Damit sagen Laclau und Mouffe allerdings weder, dass wirtschaftliche Zusammenhänge belanglos sind, noch dass kollektive Identitäten für gesellschaftliche Prozesse unbedeutend sind. Sie machen vielmehr deutlich, dass soziale Wirklichkeit und die jeweils relevanten und machtvollen Kategorien und Relationen immer als das historische Ergebnis von politischen Prozessen gelesen werden müssen. Das Politische, d. h. die Akte der Entscheidung für eine bestimmte Form der Symbolisierung sozialer Wirklichkeit, ist Laclau und Mouffe zufolge maßgeblich für die Strukturierung der Gesellschaft (Laclau und Mouffe 2001: XII). Laclau formuliert das folgendermaßen: „the political is [...] the anatomy of the social world, because it is the moment of the institution of the social. Not everything in society is political, because we have many sedimented forms which have blurred the traces of their original political institution ...“ (Laclau 2005: 154).

Im Folgenden werden zunächst die Schlüsselkonzepte und -aussagen der Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe erläutert. In einem zweiten Schritt wird dann aufgezeigt, wie dieser Ansatz genutzt werden kann, um Zusammenhänge von Diskurs, Hegemonie und Raum zu konzeptionalisieren.

Schlüsselkonzepte und -aussagen der Diskurs- und Hegemonietheorie

Weiterführung und Präzisierung des Diskursbegriffs

Laclau und Mouffe verstehen Gesellschaft als diskursiv konstituiert. Im Diskurs werden politische Identitäten und gesellschaftliche Machtverhältnisse hergestellt, die durch Prozesse der Hegemonialisierung und Sedimentierung temporär fixiert werden und dann als quasi-natürliche soziale Wirklichkeit wahrgenommen werden. Die Versuche, Bedeutungen und gesellschaftliche Verhältnisse festzuschreiben, scheitern aber letztlich immer an inhärenten Widersprüchen.

Im Anschluss an Überlegungen Derridas (s. Kap. 1; Einleitung) gehen Laclau und Mouffe davon aus, dass Bedeutungen niemals endgültig fixiert werden können. Da aber auch Identitäten und gesellschaftliche Beziehungen in Prozessen der symbolischen Bedeutungsproduktion hergestellt werden, sind auch diese damit immer kontingent. Gesellschaftliche Strukturen können nicht auf *ein* unverrückbares Fundament wie eine „göttliche Ordnung“ oder das „Gesetz der Ökonomie“ zurückgeführt werden. Die Vielzahl unterschiedlicher Begründungsmuster und Sinnstrukturen, die sich in gesellschaftlichen Prozessen der Bedeutungskonstitution überlagern, sowie innerhalb einzelner Bezugssysteme bestehende Widersprüche führen dazu, dass innerhalb des Diskurses immer wieder Brüche und Ambivalenzen auftreten. Es kommt also permanent zu Situationen, in denen aufgrund der Präsenz unterschiedlicher Referenzsysteme (und der innerhalb dieser bestehenden Unstimmigkeiten) Entscheidungen und Sinnkonstruktionen mehrdeutig und widersprüchlich sind. Zur Erklärung dieser diskursiv produzierten Instabilitäten und Brüche greifen die Autor_innen den Begriff der Überdeterminierung von Althusser auf (Laclau und Mouffe 1985: 97ff.): Die soziale Wirklichkeit lässt sich danach nicht auf eine Ursache zurückführen, sondern ist immer überdeterminiert, geht also auf eine Vielzahl von untereinander verbundenen Ursachen zurück.

Die Unmöglichkeit einer endgültigen Fixierung impliziert nach Laclau und Mouffe, dass immer neue partielle, temporäre Fixierungen möglich und notwendig werden. Die temporären Fixierungen sind die Grundlage für fortwährende Auseinandersetzungen um soziale Beziehungen und Identitäten. Die provokante These in ihrem Buch „Hegemony & Socialist Strategy“ lautet daher, dass Gesellschaft nicht existiert – in dem Sinne, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass gesellschaftliche Prozesse auf feststehende gesellschaftliche Strukturen zurückgeführt werden können (Laclau und Mouffe 1985: 108ff.).

Zur Konzeptionalisierung der beständigen Versuche, in dieser Situation der Überdeterminierung und Instabilität von Bedeutungen Ordnung zu schaffen, führen Laclau und Mouffe den Diskursbegriff ein: „*Any discourse is constituted as an attempt [...] to arrest the flow of differences*“ (ebd.). Sie beziehen sich dabei explizit auf den Diskursbegriff in der „Archäologie des Wissens“ von Foucault (ebd.: 105). Allerdings unterscheidet sich ihr Diskurskonzept in Bezug auf dessen Reichweite von demjenigen Foucaults, denn Laclau und Mouffe gehen konsequenter als Foucault über den Bereich der Sprache hinaus¹: Für die beiden Politikwissenschaftler_innen gibt es keinen dem Menschen zugänglichen Bereich des Außer- bzw. Vordiskursiven. Vielmehr sind gemäß der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe alle sozialen Beziehungen die letztlich immer fragilen und temporären Ergebnisse diskursiver Auseinandersetzungen. Die Vorstellung, dass jedes Objekt, jedes soziale Phänomen ein Objekt des Diskurses ist, muss dabei allerdings nicht bedeuten, dass es keine Welt außerhalb von Sprache und Gedanken gibt:

„An earthquake or the falling of a brick is an event that certainly exists, in the sense that it occurs here and now, independently of my will. But whether their specificity as objects is constructed in terms of ‚natural phenomena‘ or ‚expressions of the wrath of God‘, depends upon the structuring of a discursive field. What is denied is not that such objects exist externally to thought, but the rather different the assertion that they could constitute themselves as objects outside of any discursive condition of emergence.“ (Laclau und Mouffe 1985: 108)

Laclau und Mouffe argumentieren also nicht radikalkonstruktivistisch – sie gehen nicht davon aus, dass es keine Welt jenseits der Diskurse gibt. Aber eine solche Welt wird ihrer Konzeption nach für die Menschen nur

1 Foucault unterscheidet in der „Archäologie des Wissens“ zwischen diskursiven (d. h. sprachlichen und anderen symbolischen) und nicht-diskursiven Praktiken: „Die archäologische Analyse individualisiert und beschreibt diskursive Formationen. Das heißt, sie muß sie in der Gleichzeitigkeit, in der sie sich präsentieren, konfrontieren und sie einander gegenüberstellen, sie von denen unterscheiden, die nicht dieselbe Zeitrechnung haben, sie in ihrer Spezifität mit den nicht diskursiven Praktiken in Beziehung setzen, die sie umgeben und ihnen als allgemeines Element dienen“ (Foucault 1973: 224). Allerdings ist Foucaults Positionierung zu der Frage, ob sich Sphären des Diskursiven bzw. Nicht-Diskursiven unterscheiden lassen, keineswegs eindeutig. So bemerkt er in einer Fachdiskussion mit Kollegen, auf die Unterscheidung diskursiv/nicht-diskursiv angesprochen, es sei „kaum von Bedeutung, zu sagen: das hier ist diskursiv und das nicht“ (Foucault 1978: 125, vgl. dazu ausführlicher Jäger 2006: 90ff.; Bührmann und Schneider 2008: 47f.).

dann relevant, wenn sie diskursiv von Menschen und für Menschen mit Sinn versehen wird (s. das Beispiel mit dem Erdbeben im Zitat oben). Insofern ist die Diskurstheorie eine Gesellschaftstheorie. Der Diskursbegriff von Laclau und Mouffe umfasst dabei die Verknüpfung sowohl von sprachlichen als auch materiellen Elementen (Laclau 2005: 106). Laclau veranschaulicht dies mit der Kooperation zweier Bauarbeiter: Der eine bittet den anderen, ihm einen Ziegelstein zu reichen. Obwohl nun die Frage als sprachlich und das Herüberreichen als außersprachlich beschrieben werden können, so sind beide Praktiken doch Teil eines größeren Zusammenhangs „Hausbau“, und genau die Qualität dieser Verknüpfung in größere Zusammenhänge macht beide Praktiken zum Teil eines Diskurses (Laclau 1990: 100).

Um analytisch zwischen Entitäten unterscheiden zu können, die außerhalb bzw. innerhalb des Diskurses stehen, führen Laclau und Mouffe innerhalb ihrer Theorie die Differenzierung zwischen „Elementen“ und „Momenten“ ein. Als „Momente“ beschreiben sie all jene Differenzierungen, deren Bedeutungen in einem spezifischen Diskurs partiell fixiert wurden. Im „Feld der Diskursivität“ gibt es hingegen einen Überschuss an Bedeutungen. Diese Bedeutungen, welche in anderen Diskursen existierten bzw. existieren, bezeichnen sie als „Elemente“. Die Praktiken, die eine Beziehung zwischen Elementen herstellen, so dass deren Identität verändert wird, nennen sie „Artikulation“². Auf diese Weise können sie ihren Diskursbegriff wie folgt präzisieren: „The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call discourse.“ (Laclau und Mouffe 1985: 105) Ein Diskurs ist also der Versuch, die Bedeutung von Elementen zu fixieren und sie somit in die Momente eines Diskurses umzuwandeln. Diese Umwandlung ist allerdings niemals vollständig, und damit scheitert letztlich jede Identität: „The status of the ‚elements‘ is that of floating signifiers, incapable of being wholly articulated to a discursive chain. And this floating character finally penetrates every discursive (i. e. social) identity.“ (ebd.: 113).

Neukonzeption einer Hegemonietheorie

Laclau und Mouffe greifen den Begriff der Hegemonie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci auf (1991ff. [1948ff.]: GH 13 § 18). Gramsci versucht, mit dem Konzept der Hegemonie die Vorstellung ei-

2 In den romanischen Sprachen wie auch im Englischen wird mit dem Wort „artikulieren“ in höherem Maße als im Deutschen auch die Bedeutung „verbinden“ transportiert („durch ein Gelenk zusammenfügen“). Die deutsche Übersetzung gibt daher die Bedeutung des diskurstheoretischen Konzepts „Artikulation“ nur teilweise wieder.

ner mechanistischen Determinierung des gesellschaftlichen Überbaus durch die ökonomische Basis aufzubrechen. Hegemonie ist nach Gramsci die Fähigkeit der herrschenden Klasse, die Gesellschaft moralisch und intellektuell zu führen, indem es der herrschenden Klasse gelingt, ihre Überzeugungen als „kollektiven Willen“ zu etablieren (ebd.; Torfing 1999: 27ff.; Demirović 2007). Nach Gramsci muss die herrschende Klasse dabei über die rein korporativ-ökonomische Solidarität, die bspw. einen Kaufmann mit einem anderen Kaufmann verbindet, hinausgehen und in einem Kompromiss zumindest auch in Teilen die Interessen der Gruppen berücksichtigen, welche die Hegemonie der herrschenden Klasse akzeptieren:

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, [...] dass also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht kein Zweifel, dass solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können, denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivitäten ausübt.“ (Gramsci 1991ff. [1948ff.]: GH 13 §18)

Gramsci geht also davon aus, dass die Gesellschaft durch gegebene Klassen strukturiert ist. In seiner Perspektive bringt die Ökonomie Klassen hervor, und diese Klassen haben wahre Interessen (bspw. Gramsci 1991ff. [1948ff.]: GH 3 §90). Laclau und Mouffe kritisieren aus ihrer poststrukturalistisch informierten Perspektive daher, dass Gramsci in letzter Instanz dem ökonomischen Determinismus verpflichtet bleibt. Sie „befreien“ das Hegemoniekonzept von diesen „Resten“ eines ökonomischen Essentialismus: Hegemonie definieren sie als die Expansion eines Diskurses zu einem dominanten Horizont sozialer Orientierung. Die Entwicklung von diskursiven Auseinandersetzungen zu einer spezifischen sozialen Wirklichkeit wird in der Diskurstheorie also konzeptionalisiert als die Hegemonie eines spezifischen Diskurses, der eine „temporäre Schließung“ des Diskurses verheißt und damit eine spezifische soziale Wirklichkeit naturalisiert (dazu auch Phillips und Jørgensen 2002: 36).

Die Installierung einer hegemonialen Lesart gesellschaftlicher Wirklichkeit kann Differenzen und Heterogenitäten immer nur temporär schließen, jedoch nicht dauerhaft eliminieren. Die daher permanent im Diskurs entstehenden Widersprüche und Gegensätze haben Laclau und

Mouffe zufolge das Potenzial, als Forderungen („demands“ in der Terminologie von Laclau 2005) in Konflikten vorgebracht zu werden. Jedoch ist die Frage, welche Differenzen in politischen Auseinandersetzungen tatsächlich als zentral und gegensätzlich (antagonistisch) artikuliert werden, nicht von vornherein bestimmt. Vielmehr bilden sich immer wieder aufs Neue Koalitionen, die durch den gemeinsamen Bezug auf bestimmte Kategorien („Klasse“, „Kultur“, „Geschlecht“) als Identitäten temporär fixiert werden. In anderen Worten: die Frage, welche Gruppierungen sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gegenüberstehen, ist nicht von vornherein gegeben, sondern beruht auf permanenten Prozessen der Neukonfiguration von Kollektiven. Ob etwa globale politische Konflikte auf ungleiche Teilhabe an wirtschaftlicher Entwicklung, auf religiöse oder kulturelle Unterschiede oder auf postkoloniale Abhängigkeitsbeziehungen zurückgeführt werden, ist Ausdruck hegemonialer Deutungsweisen.

Aufgrund der Instabilität der immer wieder neu strukturierten gesellschaftlichen Sinnstrukturen und der sich immer wieder neu etablierenden und wieder zerbrechenden Gemeinschaften scheitert letztlich jeder Versuch, eine permanente und universelle soziale Wirklichkeit zu etablieren, weil jegliche Form von Fixierung immer nur temporär bestehende Widersprüche und Heterogenitäten überdecken kann. Ereignisse, die nicht in der bestehenden Struktur verarbeitet werden können, unterminieren immer wieder die jeweils bestehenden Symbolisierungen und Verknüpfungen – Laclau und Mouffe sprechen hier von „Dislokationen“. Damit werden Situationen bezeichnet, die so neu sind, dass sie nicht aus der bestehenden sozialen Wirklichkeit heraus bearbeitet werden können, sondern radikal unentscheidbar sind und daher in einem politischen Akt entschieden werden müssen (Laclau und Mouffe 1985: 142; Laclau 1990: 39ff.).

Dies bedeutet nicht, dass jederzeit alles möglich wäre, denn jeder politische Akt findet vor dem Hintergrund einer bestimmten sozialen Wirklichkeit statt, d. h. vor dem Hintergrund bestimmter sedimentierter Diskurse. Für den Erfolg eines spezifischen Diskurses ist nach Laclau entscheidend, dass er in einer gegebenen historischen Situation überhaupt zur Verfügung steht (*availability*) und in dieser eine glaubwürdige Lösung (*credibility*) zur Überwindung der Krise, d. h. der Dislokation, bietet. Je tiefgreifender die Dislokation einer Struktur ist, umso größer und tiefgreifender werden die Möglichkeiten für Reartikulationen, d. h. für neue diskursive Verknüpfungen (Laclau 1990: 39, 66). Vor dem Hintergrund diskursiver Auseinandersetzungen ist dann die Herstellung einer (neuen und letztlich wieder instabilen, weil nie alle Widersprüche vereinenden) sozialen Wirklichkeit durch einen partikularen Diskurs ein

hegemonialer Akt. Genau hier liegt der Machteffekt diskursiver Auseinandersetzungen: denn mit der Durchsetzung eines spezifischen hegemonialen Diskurses ist immer die Unterdrückung und Marginalisierung von alternativen sozialen Wirklichkeiten verbunden.

Ein politisches Konzept von Identität

Die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe ermöglicht es, die Konstitution von individuellen und kollektiven Identitäten zu konzeptualisieren, ohne auf die essenzialistische Vorstellung von Wesensmerkmalen zurückgreifen zu müssen. Identität wird als ein „articulated set of elements“ (Laclau 1990: 32) konzipiert – als kontingente und temporäre Struktur, die verschiedene Elemente verbindet und auf diese Weise Einheit und Zugehörigkeit vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit sozialer Bruchlinien schafft.

In „Hegemony & socialist strategy“ greifen Laclau und Mouffe zunächst das Konzept der Subjektpositionen von Louis Althusser auf (Laclau und Mouffe 1985: 114ff.). Der marxistische Philosoph hatte das Konzept der „Anrufung“ (*interpellation*) als Alternative zur Idee des autonomen Subjekts entworfen. In dieser Perspektive werden Individuen durch die Ideologie „angerufen“, d. h. in bestimmte Subjektpositionen platziert. Institutionen, die Althusser als ideologische Staatsapparate bezeichnet – wie die Medien, das Bildungssystem oder die Familie – konstruieren die Überzeugung, dass die Individuen autonom seien, indem sie definieren und „lehren“, was eine Arbeiterin, ein Fabrikbesitzer, eine Schülerin etc. ist (Althusser 1977 [1970]: 140ff.; Scharmacher 2004). Die Anrufung bezeichnet Althusser als ideologisch, da sie die wahren sozialen Beziehungen verdeckt, welche er als durch die Ökonomie bestimmt ansieht. Wie gezeigt, gibt es für Laclau und Mouffe allerdings keine „wahren sozialen Beziehungen“ und keine ökonomische Determinierung von Subjektpositionen. Sie verwerfen daher das Konzept der Ideologie, da diese in marxistischen Ansätzen mit der Vorstellung eines ökonomischen Determinismus und der Idee verbunden wird, dass die Wissenschaft ideologische Verzerrungen „demaskieren“ könne, d. h. die „tatsächlichen“ ökonomischen Verhältnisse hinter sozialen Beziehungen aufdecken könne. Die Idee des nicht-autonomen Individuums, d. h. der Subjektpositionen, greifen sie hingegen auf und rücken an die Stelle des Ideologiebegriffs den Diskursbegriff (Laclau und Mouffe 1985: 115; Laclau 1996).

Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass ein Individuum von verschiedenen Diskursen, bspw. als Umweltschützerin, Mann, Christ, Französin, Schwarzer, Fußballfan etc., angerufen wird. Identität ist für Lac-

lau und Mouffe die Identifikation mit einer diskursiv konstituierten Subjektposition. Letztlich scheitert aber jede Identifikation, weil keine Subjektposition eine vollkommene, ganze und endgültig fixierte Identität bieten kann. Die Idee des ganzen, autonomen und stabilen Subjekts interpretieren Laclau und Mouffe genauso wie die Idee einer determinierten und feststehenden Gesellschaftsstruktur als Wunsch nach einer letztlich unmöglichen Ganzheit (Laclau und Mouffe 1985: 121).

In den späteren Publikationen, nach „Hegemony & socialist strategy“, vertieft v. a. Laclau die Idee des Wunschs nach Ganzheit und stabiler Identität – ein Wunsch, der zwangsläufig immer scheitert: Angeregt durch den slowenischen Philosophen Slavoj Žižek setzt sich Laclau intensiver mit den Arbeiten des (post-)strukturalistischen Psychoanalytikers Jacques Lacan auseinander. Lacan geht davon aus, dass das Subjekt permanent nach Ganzheit strebt und dabei immer wieder scheitert.³ Die Subjektpositionen werden nach Lacan durch so genannte Polsterknöpfe (*points de capiton*) definiert. So wie die Knöpfe das Polster einer Couch fixieren, etablieren spezifische Signifikanten Äquivalenzketten und definieren damit eine Subjektposition – zumindest partiell und temporär (Stavrakakis 1999: 13ff.; Phillips und Jørgensen 2002: 42). Diese Vorstellung haben Laclau und Mouffe bereits in „Hegemony & socialist strategy“ aufgegriffen (Laclau und Mouffe 1985: 112): Privilegierte Signifikanten etablieren als „Knotenpunkte“ (*nodal points*) Äquivalenzketten und fixieren so Bedeutung relational. So wird bspw. im traditionellen Patriarchatsdiskurs der Knotenpunkt „Mann“ mit anderen Signifikanten wie „Stärke“, „Vernunft“, „Fußball“ etc. äquivalent gesetzt.⁴

3 Lacan verdeutlicht seine Überlegungen am Beispiel des Kleinkindes, das sich noch nicht als eigenständiges Subjekt wahrnimmt, aber in einem Zustand der Ganzheit und des Genießens (*jouissance*) lebt. Das Erkennen als eigenständiges Ich beschreibt Lacan mit der Metapher des Spiegels. Während des Spiegelstadiums sieht sich das Kind erstmals ganz in einem Spiegel und erkennt sich erfreut als eigenständiges und ganzes Lebewesen. Das Subjekt erkennt sich allerdings, indem es sich mit etwas anderem, dem Bild im Spiegel, identifiziert, so dass mit dem Blick in den Spiegel gleichzeitig Identifikation und Entfremdung, d. h. das Scheitern der vollständigen Identität, einhergehen (Lacan 1973; Stavrakakis 1999: 17f.). Mit dem Eintritt in die Welt der „Bilder“ und allgemein der Bedeutungsstrukturen (des Symbolischen) tritt das Kind also gleichzeitig aus dem Zustand der Ganzheit und verliert den Zugang zum absoluten Genießen. Das letztlich immer scheiternde Streben nach Ganzheit und der Zugang zum absoluten Genießen (*jouissance*) wird bestimmend für die Existenz des Subjekts

4 Subjekte sind danach in der Diskurstheorie insofern auch diskursive Elemente, als dass sie ihre Identität immer aus der Relationierung im Diskurs erfahren: „Individuen erscheinen immer als mit Sinn versehene, differente

Charakteristisch für Identitätsbildungsprozesse ist es nun, dass durch den gemeinsamen Bezug auf privilegierte Signifikanten auch gleichzeitig eine Abgrenzung nach außen konstituiert wird. Dieses Außen wird dabei als dasjenige konstruiert, welches die eigene Identität gefährdet und folglich aus ihr ausgeschlossen werden muss. Gleichzeitig ist es auf paradoxe Weise die Existenzbedingung jeder Identität.⁵ Laclau spricht mit Bezug auf Derrida von dem „*constitutive outside*“ (Laclau 1990: 9, 17). Die gemeinsame Identität wird also erst durch den gemeinsamen Antagonismus gegenüber einem radikal anderen Außen hergestellt. Auf der anderen Seite blockiert das Außen aber auch die volle Ausbildung jeglicher Identität, indem es die Kontingenz dieser Identität zeigt – denn ohne den gemeinsamen Bezug auf ein Außen gäbe es keine universelle Gemeinsamkeit zwischen den so vereinten Elementen (ebd.: 21).

In Anschluss an Lacan (1973 [1966]) und Žižek (1998 [1990]) lässt sich die Rolle dieses ausgeschlossenen Außen als Ausdruck der Unmöglichkeit der endgültigen Schließung der eigenen Identität interpretieren. Der in jeder Identität angelegte Mangel, das nie vollständig zu stillende Bedürfnis, ein geschlossenes und ganzes „ich“ oder „wir“ zu werden, wird auf ein Außen, auf einen antagonistischen Gegner projiziert. Die diskursiv konstituierte Gemeinschaft kann nicht aufhören, gegen ihr Anderes anzukämpfen bzw. sich immer wieder neue Andere zu suchen, da im Moment des Stillstands und des „Sieges über den Anderen“ auch die Gemeinschaft zerfallen würde – schließlich hält diese nichts zusammen, als ihr gemeinsamer Gegner, ein Paradoxon, das die Diskursproduktion ständig in Bewegung hält.

Damit kommt es zu einer antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Feldes. Diese antagonistische Zweiteilung ist allerdings *nicht* als Konflikt zweier Akteure zu interpretieren, die aus einer Art außerdiskursiven bzw. außersozialen Adlerposition analysiert werden könnte. Die antagonistische Zweiteilung ergibt sich immer nur aus einer spezifischen Perspektive, wird in dieser Form also sozusagen nur „von einer Seite“ artikuliert (Nonhoff 2006: 221ff.; Laclau 2007 [2006]: 30f.).

Charakteristisch für Identitätsbildungsprozesse entlang antagonistischer Grenzen sind die komplementären Logiken der Differenz und der

und spezifische Individuen, und damit erst in Diskursen als Subjekte“ (Nonhoff 2006: 156).

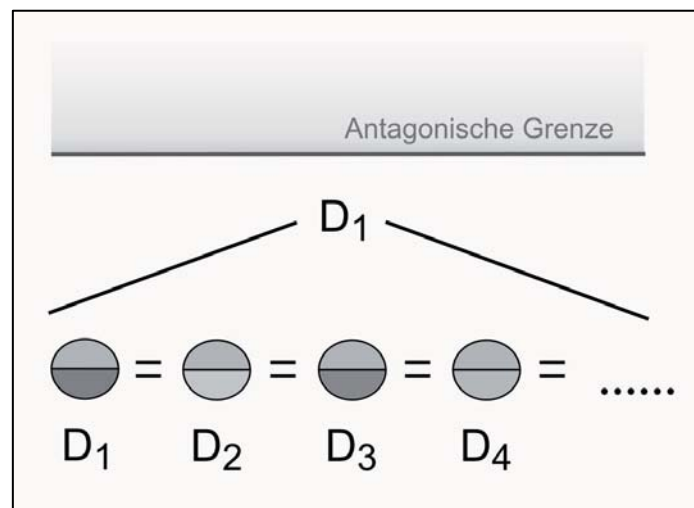
5 Laclau veranschaulicht dieses Argument mit der Konstitution verschiedener Regionen von Marokko über Indien bis nach China – als eine einzige Weltregion um den Knotenpunkt „Orient“. Eine Konstitution, die nur möglich wird, weil „Orient“ dabei gleichbedeutend mit der Abgrenzung gegenüber „dem Westen“ ist: „Orient“ ist also gleich „Nicht-Westen“ (Laclau 1990: 32).

Äquivalenz. Ausgangspunkt sind Forderungen oder *demands*, die keine essenziellen Gemeinsamkeiten besitzen, d. h. nicht über einen gemeinsamen Wesenskern verfügen. Ihre Gemeinsamkeit, das, was sie als Gemeinschaft auszeichnet, besteht in ihrer Abgrenzung nach außen. Diese Beziehung bezeichnen Laclau und Mouffe als *Äquivalenz*: Partikularinteressen schließen sich zu *Äquivalenzketten* zusammen. Die einzelnen Elemente einer kollektiven Identität sind also different insofern, als sie nicht über objektiv vorhandene gemeinsame Merkmale verfügen, und sie sind äquivalent, weil sie sich durch die gleiche Abgrenzung nach außen definieren.

Die Abgrenzung nach außen – und damit gleichzeitig die kollektive Identität – wird durch einen spezifischen Signifikanten, einen „Knotenpunkt“ in der Terminologie von Lacan, repräsentiert. Dieser Signifikant muss, um die Gemeinschaft als solche repräsentieren zu können, weitgehend von einer spezifischen Bedeutung entleert sein, da er sonst ja wieder in eine Differenzbeziehung treten würde und keine Äquivalenzbeziehung herstellen könne. Laclau und Mouffe bezeichnen diesen Knotenpunkt als *leeren Signifikanten*. Er repräsentiert die vollkommene, aber letztlich unmögliche Identität einer Gemeinschaft.

Leere Signifikanten repräsentieren gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner verschiedener Elemente und verknüpfen diese damit in einen diskursiven Zusammenhang. Je größer die Menge der Elemente innerhalb eines solchen Zusammenhangs, desto kleiner wird deren gemeinsamer Nenner und desto unspezifischer muss auch der leere Signifikant werden – daher die Bezeichnung *leerer Signifikant*. Mit der Verkörperung einer Vielzahl von Elementen nach außen geht also zwangsläufig eine Sinnentleerung des Vertreters einher (s. Abbildung 3). Der leere bzw. entleerte Signifikant befindet sich also in einer ambivalenten Rolle: Auf der einen Seite repräsentiert er eine Kette disperser Elemente und auf der anderen Seite wird der Signifikant damit weitgehend bedeutungslos. Die Frage, welche Signifikanten zu einem bestimmten Zeitpunkt als leere Signifikanten funktionieren und wie diese (immer wieder) mit Bedeutung gefüllt werden, ist eine Frage hegemonialer Auseinandersetzung (Laclau 2002 [1996]; Nonhoff 2006: 124ff.).

Abbildung 3: Antagonistische Grenzziehung nach Laclau (2005)



Quelle: Mattissek 2008, verändert nach Laclau 2005: 130

Die Abbildung zeigt den Zusammenschluss verschiedener Partikularinteressen in einer Äquivalenzrelation. Laclau (2005: 130f.) zufolge sind diese Partikularinteressen (D_1 bis D_4) zunächst durch Differenz gekennzeichnet – in der Abbildung ist dies durch die unterschiedlichen unteren Hälften der Symbole für D_1 bis D_4 dargestellt. Gleichzeitig sind alle diese Partikularinteressen aber äquivalent insofern, als sie in der Opposition gegenüber einem antagonistischen Außen vereint sind (dargestellt durch die antagonistische Grenze). Diese gemeinsame Abgrenzung wird symbolisiert durch einen bestimmten Signifikanten der Äquivalenzkette, in diesem Fall D_1 , der die Rolle des tendenziell leeren Signifikanten übernimmt und damit eine Doppelfunktion einnimmt: Auf der einen Seite bezeichnet er noch immer das Partikularinteresse D_1 , auf der anderen Seite steht er aber auch stellvertretend für die diskursiv etablierte Abgrenzung der Äquivalenzkette nach außen.

Die Etablierung einer neuen hegemonialen Ordnung und damit eines neuen Antagonismus wird dann nötig, wenn die etablierte diskursive Ordnung destabilisiert wird. Diesen Vorgang bezeichnet Laclau als Dislokation (s. o.). Dislokationen machen die Ausbildung ganzer, permanenter Identitäten unmöglich. Die Herausbildung eines Antagonismus ist *eine* mögliche – diskursive – Antwort auf die Dislokation, welche die Ursache für die Dislokation in einem antagonistischen Gegner verortet: „...antagonism is not only the experience of a limit to objectivity but also a first discursive attempt at mastering and reinscribing it“. (Laclau 2001 in einem Interview, zit. nach Norris 2006: 133, FN 35)

Jedes soziale Kollektiv, jede politische Gemeinschaft beruht also Laclau und Mouffe zufolge auf einem Prozess der Grenzziehung, der den Diskurs in einen Bereich des „Eigenen“ und einen des „Anderen“

unterteilt. Dieser *Mechanismus* der Ausbildung antagonistischer Äquivalenzrelationen ist damit ein konstitutiver und notwendiger Bestandteil von Gesellschaft; sein jeweiliger *Inhalt*, also die Frage, welche Elemente hier mit Berufung auf welche Gemeinsamkeiten miteinander verknüpft werden, beruht jedoch auf keinerlei vordiskursiven Kausalitäten und ist Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen. Gemeinschaften wie „die Basken“, „die Muslime“ und politische Zusammenschlüsse wie „die Gemeinschaft erdölexportierender Staaten“ etc. stellen danach also keine objektiv gegebenen oder zwingenden, quasi-natürlichen Zusammenschlüsse dar. Vielmehr beruhen sie auf spezifischen Abgrenzungsprozessen nach außen, durch die eine innere Einheit erst hergestellt wird.

Exkurs: Beispiele für hegemonial repräsentierte Äquivalenzrelationen

Hegemonial repräsentierte Äquivalenzrelationen lassen sich aus der Perspektive der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe in verschiedensten Lebensbereichen und politischen Kontexten beschreiben. Auf der Ebene transnationaler bzw. (anti-)globaler Politik repräsentiert etwa das Label „ATTAC“, das ursprünglich „nur“ eine Initiative gegen Finanzspekulationen war (*association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens*, dt. „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger“), mittlerweile eine Vielzahl ausgesprochen heterogener Ansprüche und Widerstände gegen „die Globalisierung“, die von Forderungen von Gewerkschaftsvertretern über antirassistische und antikapitalistische Bewegungen bis hin zu neonationalistischen Interessen oder Ansprüchen kultureller Autonomie reichen. Ein weiteres Beispiel ist das Schlagwort „grüner Politik“. Wie Stavrakakis (2000) zeigt, hat sich „grün“ zu einem Repräsentant für eine ganze Reihe zunächst unverbundener Partikularinteressen (ökologisch, feministisch, pazifistisch...) entwickelt.

Die Diskurstheorie befähigt, die Idee von „vorgestellten Gemeinschaften“ (Anderson 1988 [1983]) wie Nationen, Ethnien, politische Gruppen, Sprachgemeinschaften etc. konzeptionell zu schärfen: Die Erinnerung historischer Konflikte, die Idee einer gemeinsamen Hautfarbe oder Sprache funktionieren als Knotenpunkte, welche eine Gemeinsamkeit zwischen verschiedenen Elementen definieren, diese gegenüber einem Außen abgrenzen und so eine Gemeinschaft herstellen (genauer dazu bspw. Norval 1996; Keohane 1997; Sarasin 2003; Glasze 2009). Der leere Signifikant ist dabei nicht Abbild oder Beschreibung einer existierenden Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft konstituiert sich vielmehr erst durch die gemeinsame Identifikation der einzelnen Elemente mit diesem Knotenpunkt. „The unity of the object is a retroactive effect

of naming it“ (Laclau 2005: 108). Auch wenn wir handeln, als ob Identitäten, d. h. als ob Nationen, Ethnien, Sprachgemeinschaften etc., objektiv gegebene Fakten seien, so muss diese soziale Wirklichkeit als das historische Ergebnis von politischen Prozessen gelesen werden – als sedimentierter Diskurs. Laclau und seine Schüler sprechen daher folglich nicht länger von sozialer, sondern von *politischer* Identität (bspw. Stavrakakis 2001).

Normativität und politische Positionierung aus diskurstheoretischer Perspektive: das Konzept der radikalen Demokratie

Poststrukturalistisch orientierten Ansätzen wird verschiedentlich vorgeworfen, gesellschaftlich bzw. politisch irrelevant zu sein. Tatsächlich lassen sich Ansätze, welche die Vorstellung einer Letztfundierung von Gesellschaft ablehnen und welche die Idee einer objektiven Wahrheit, die durch die Wissenschaft aufgedeckt werden könne, als Illusion beurteilen, kaum in ein traditionelles Verständnis der Aufgaben von Wissenschaft integrieren. Wenn solche Ansätze aber weder davon ausgehen, der Gesellschaft (vermeintlich) wahre und richtige Erkenntnisse liefern zu können, noch davon, von einer feststehenden Position aus Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen leisten zu können, welche Funktion und Legitimation hat dann eine solche Wissenschaft?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage bietet das von Laclau und Mouffe in den 1980er-Jahren entwickelte (Laclau und Mouffe 1985: 149ff.) und später von Mouffe weiter ausgearbeitete normative Ziel einer „radikalen Demokratie“ (Mouffe 1988, 2000, 2005 [1993], 2007a [2004], b [2005]). Das Konzept der radikalen Demokratie baut unmittelbar auf den theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der Diskurstheorie auf, geht also von einem prozessualen Verständnis von Identität aus und fasst die gesamte soziale Wirklichkeit als diskursiv konstituiert, damit kontingent und niemals endgültig fixiert.

Vor dem Hintergrund, dass es keine absoluten und ewig gültigen Wahrheiten gibt, sei es für eine „radikale Demokratie“ notwendig, den Dissens anzuerkennen. Chantal Mouffe lehnt daher Vorstellungen einer „perfekt harmonischen“ Gesellschaft als letztlich gefährliche „Träume“ ab. Vielmehr regt sie an, die inhärente Un-Logik des Diskurses, seine niemals vollständig aufzulösenden Brüche, Differenzen und Widersprüche als notwendigen Bestandteil sozialer Wirklichkeit anzuerkennen und als Potenziale für eine fortwährende Debatte um die Gestaltung von Gesellschaft zu nutzen.

Das Konzept der radikalen Demokratie will also das Potenzial der Diskurstheorie, Identitäten *nicht* essenzialistisch zu fassen, sondern als immer nur temporäre und kontingente Versuche der Fixierung zu konzeptionalisieren, für die gesellschaftliche Praxis erschließen. „Only if it is accepted that the subject positions cannot be led back to a positive and unitary founding principle – only then can pluralism be considered radical“ (Laclau und Mouffe 1985: 167). Damit soll es möglich werden, in den *unvermeidlichen* politischen Auseinandersetzungen den anderen nicht als „Feind“, sondern als legitimen „Gegner“ zu verstehen (Mouffe 2007a [2004]: 45). Bei aller Anerkennung und Betonung der Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Beziehungen muss Mouffe allerdings eingestehen, dass diese Transformation ein gewisses Maß an Konsens bezüglich der „konstitutiven ethisch-politischen Prinzipien“ der Demokratie voraussetzt (ebd.: 46).

Die Grundlagen und Voraussetzungen der radikalen Demokratie liegen nach Laclau und Mouffe in den symbolischen Ressourcen des demokratischen Diskurses. Mit der Französischen Revolution seien Freiheit und Gleichheit als grundlegende Knotenpunkte der Konstruktion des Politischen etabliert worden (zusammenfassend dazu Jörke 2004: 173). Vor diesem Hintergrund könne eine radikale Demokratie ein doppeltes emanzipatorisches Potenzial entwickeln: Zum einen könne das Konzept „Gleichheit“ auf immer weitere Bereiche des Sozialen ausgedehnt werden (d. h. immer weitere soziale Ungleichheiten als kontingent, damit *politisch* und veränderbar, konzeptionalisiert werden). Und zum anderen können partikulare Setzungen, d. h. Versuche der Fixierung, immer wieder aufs Neue hinterfragt und aufgebrochen werden. So könne auch die Vorstellung einer klaren Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Politik aufgebrochen werden und jeder Bereich von Gesellschaft als Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen und damit von Politik konzeptionalisiert werden. „The distinction public/private, civil society/political society are only the result of a certain type of hegemonic articulation, and their limits vary in accordance with the existing relations of forces at a given moment“ (Laclau und Mouffe 1985: 185).

Das Konzept der radikalen Demokratie eröffnet damit neue Perspektiven für eine kritische Wissenschaft: So können wissenschaftliche Arbeiten dazu beitragen, soziale Strukturen als Sedimentierungen zu fassen, die Prozesse der Sedimentation zu analysieren und damit immer wieder den kontingenten und damit veränderbaren Charakter jeglicher sozialer Strukturen herauszuarbeiten.

Überlegungen zur Bedeutung raumbezogener Identitätskonzepte

Auf der Basis der Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe lässt sich ein politisches Konzept von Raum und Identitätskonstruktionen, die sich auf bestimmte Räume beziehen, entwickeln (s. dazu genauer in Teil C, Kap. 12). Bezüge zu Räumen können demnach als Versuche interpretiert werden, die Hegemonie eines Diskurses zu stabilisieren. Die Artikulation von hier/dort-Differenzierungen in Texten, Bildern und Praktiken erlaubt, die Zweiteilung des diskursiven Feldes als vermeintlich evidente territorial-erdräumliche Differenzierung zu konstituieren. So erscheint es vielfach „ganz natürlich“, dass zwischen Nationalstaaten, Kulturerdteilen oder Regionen objektiv beschreibbare Unterschiede bestehen: Hier ist es anders als dort, in Europa ist es anders als in den USA, im Umland ist es anders als in der Stadt und im Westen ist es anders als im Orient. Diese Grenzziehungen sind dabei insofern machtgeladen, als dass dabei vielfach ein „wir“ und „hier“ als das richtige und gute gegenüber einem defizitären, bedrohlichen und unnormalen „Fremden dort“ konstituiert wird. Signifikanten, über die räumlich-territoriale Differenzen hergestellt werden (wie bspw. „der Westen“), können vielfach als Knotenpunkte und tendenziell leere Signifikanten interpretiert werden, die Gemeinschaft konstituieren.

Räume sind damit Ergebnis hegemonialer Diskurse und tragen gleichzeitig zur Naturalisierung und damit Stabilisierung hegemonialer Diskurse bei. Die Diskurstheorie bietet vor diesem Hintergrund die Chance, die *Prozesse* zu untersuchen, die zu der vermeintlichen Objektivität und Gegebenheit spezifischer Räume führen, und die Machtbeziehungen aufzuzeigen, die in diesen Konstruktionen angelegt sind. Die große Bedeutung raumbezogener Identitätskonstruktionen erklärt sich aus der hohen Glaubwürdigkeit solcher *Raumkonstitutionen*. Diese rührt in erster Linie daher, dass gesellschaftliche Differenzierungen *objektiviert* und *naturalisiert* werden, indem sie mit einer territorial-räumlichen hier/dort-Differenzierung verknüpft werden. Raumbezogene Identitätskonzepte scheinen daher eine große Rolle in zahlreichen sozialen Prozessen zu spielen – und dies auf verschiedenen Maßstabsebenen, wie die beiden folgenden Beispiele zeigen.

Fallstudie: Konstitution städtischer Identität in Abgrenzung vom Umland

Mithilfe der diskurstheoretischen Terminologie von Laclau und Mouffe kann am Beispiel der sprachlichen Repräsentation des Verhältnisses zwischen Kernstadt und Umland gezeigt werden, wie „die Stadt“ (in diesem Fall die Stadt Frankfurt am Main) sich mittels diskursiver Abgrenzungsprozesse vom Umland bzw. der Region als soziale Gemeinschaft konstituiert.

Grundlage der Analyse ist ein Textkorpus mit den Protokollen aller Stadtverordnetenversammlungen der Stadt Frankfurt am Main aus den Jahren 1993–2005. Aus diesem Textkorpus wurden alle Passagen extrahiert, in denen über Formulierungen wie „wir in Frankfurt“, „wir Frankfurter“ oder „wir hier in Frankfurt“ auf eine spezifische, raumbezogene Frankfurter Identität Bezug genommen wurde. Mithilfe lexikometrischer Auswertungen (s. Kap. 11) wurde dann analysiert, welche Begriffe in der unmittelbaren Umgebung dieser Formulierungen⁶ statistisch signifikant häufiger auftraten als im Rest der Texte.

Die Auswertung zeigte, dass sich im Kontext dieser Suchausdrücke u. a. andere raumbezogene Signifikanten wie „Städte“, „Land“ (= Bundesland Hessen) sowie insbesondere die Begriffe „Umland“ und „Region“ häuften. In der näheren Analyse der entsprechenden Textpassagen wurde deutlich, dass es bestimmte Argumentationsmuster gibt, die an diesen Stellen immer wieder auftreten und in denen das Verhältnis zwischen der Stadt Frankfurt und der Region bzw. dem Umland diskursiv hergestellt wird.

Generell lassen sich eine ganze Reihe diskursiver Argumentationsmuster ausmachen, in denen das Umland als Einheit hergestellt wird, welche die Stadt daran hindert, sich wirtschaftlich voll zu entfalten, eine „gesunde“ Sozialstruktur auszubilden etc. So wird bspw. argumentiert, die Stadt halte Infrastruktureinrichtungen (z. B. Theater, Krankenhäuser und Altenheime) vor, die vom Umland/der Region mit genutzt würden, ohne dass diese Gemeinden sich in ausreichendem Maße an den Kosten beteiligten. Gleichzeitig entzögen die Umlandgemeinden der Stadt über Suburbanisierungsprozesse (Wohnmigration in die Peripherie der Städte) Ressourcen in Form von Steuereinnahmen.

Diese sprachlichen Strukturierungen des Verhältnisses von Stadt und Umland sind eng verkoppelt mit institutionellen Verhältnissen: So werden etwa auch öffentliche Einnahmen und Ausgaben (Arbeitslosenhilfe, Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau etc.) auf die entsprechenden

6 255 Zeichen vor und nach dem Suchausdruck

räumlichen Einheiten bezogen eingezogen bzw. verteilt. Im Sinne von Laclau können diese territorial definierten Praktiken der Mitteleinnahmen und -zuweisungen (bspw. kommunaler Finanzausgleich etc.) als sedimentierte Diskurse verstanden werden, in denen die Stadt Frankfurt und ihr Umland als distinkte Einheiten mit spezifischen sozialen Relationen reproduziert werden. Auf der sprachlichen Ebene zeigen sich diese Strukturierung des Diskurses und die daraus resultierende Konstitution einer kollektiven Identität Frankfurts bspw. in den folgenden zwei Zitaten:

„In einem Gutachten hat die Landesregierung ermitteln lassen, welche kulturellen Einrichtungen im Ballungsraum Rhein-Main überregionale Bedeutung haben und von wem sie besucht werden. Bestätigt hat sich genau das, was *wir hier in Frankfurt* nun schon lange gesagt und auch in unseren eigenen Untersuchungen belegt haben. Demnach befinden sich 90 Prozent der kulturellen Leuchttürme der Region in Frankfurt, 30 Prozent der Besucherinnen und Besucher kommen aus dem Ballungsraum, 13 Prozent aus dem übrigen Hessen, aber die Finanzierung liegt zu 90 Prozent bei der Stadt Frankfurt am Main. Das kann so nicht bleiben, da müssen *wir* ganz eindeutig fordern, dass sich die Region beteiligen muss.“⁷

„Während [in Frankfurt, Anm. AM] immer mehr Wohnungen für vermeintlich sozial Schwächere entstanden sind, haben sich Bürgerinnen und Bürger, die aus Frankfurt kommen, die nicht mehr in der Lage waren, sich ein Häuschen zu bauen, eben dieses Haus im Umland gekauft, und somit ist auch die einkommensteuerabhängige Ertragskraft dieser Bürger ins Umland gezogen. Was zur Folge hatte, dass die Umlandgemeinden an Wohlstand gewonnen haben, während *wir in Frankfurt* eine Situation haben, die uns Angst und Bange machen muss, ob diese Stadt zukunftsfähig sein kann. *Wir* haben überproportional viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger in dieser Stadt. Verglichen mit anderen Großstädten leben hier mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und auch sozial schwache Menschen.“⁸

Die Region und das Umland werden also sowohl auf der sprachlichen Ebene als auch über damit verknüpfte institutionalisierte Praktiken als antagonistisches Anderes der Stadt konstruiert, welches die Prosperität der Stadt gefährdet. In der Abgrenzung von einem die eigene Identität bedrohenden „Außen“ (der Region oder dem Umland) konstituiert sich die städtische Gemeinschaft Frankfurts als soziale Einheit. Innerhalb der

7 Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD, Protokoll der 46. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main vom 14.7.2005

8 Volker Stein, FDP, Protokoll der 21. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main vom 27.3.2003

Stadt bestehende Unterschiede werden dadurch homogenisiert und Konflikte – etwa zwischen relativ wohlhabenden Familien, die sich einen Umzug ins Umland leisten können und anderen Bevölkerungsgruppen wie etwa Senioren, Migranten oder Sozialhilfeempfängern – territorialisiert.

Fallstudie: Konstitution einer weltumspannenden Gemeinschaft

Ausgangspunkt der Studie ist eine traditionelle Fragestellung der Geographie: Wie kann die Existenz einer „internationalen Gemeinschaft“ und eines „geokulturellen Raums“ verstanden, d. h. konzeptionalisiert und analysiert werden? Die Internationale Organisation der Frankophonie (*Organisation Internationale de la Francophonie*) definiert sich selbst als „internationale Gemeinschaft“ von mehr als 60 Staaten und Regionen sowie als „geokultureller Raum“. Ziel der Fallstudie war es, in einer diachronen Perspektive herauszuarbeiten, um welche Knotenpunkte die frankophone Gemeinschaft artikuliert wurde, welche Äquivalenzketten dabei gebildet wurden und welches Außen jeweils konstituiert wurde. Dafür wurden mehrere diachrone Textkorpora mit Serien von Texten als Grundlage für korpuslinguistisch-lexikometrische Analysen (zur Methodik s. Kap. 11) sowie die Untersuchung komplexer Artikulationen mithilfe kodierender Verfahren (zur Methodik s. Kap. 14) etabliert. Ergänzend wurde die diskursive Herstellung von Bedeutung in Bildern sowie die Sedimentierung und Desedimentierung von Diskursen in formalen Institutionen und Organisationen untersucht (Glasze 2009).

Auf dieser Basis lässt sich herausarbeiten, dass die Frankophonie in den 1960er-Jahren ein Versuch war, nach der Dislokation des Kolonialdiskurses eine neue Ordnung um den Knotenpunkt *langue française* zu etablieren. Im frühen Frankophoniediskurs werden Topoi der „Universalität“, „Klarheit“ und „Präzision“ der französischen Sprache mit den Topoi des „Andersseins“ und der „Verschiedenheit“ verknüpft. Der Frankophoniediskurs verbindet damit Artikulationsmuster des Kolonialdiskurses mit Mustern, welche die antikolonialen Diskurse der Unabhängigkeitsbewegungen prägen. Die französische Sprache wird dabei in den Rang gehoben, trotz (!) einer Vielfalt von „Rassen“, „Religionen“ und „Kontinenten“ eine Gemeinschaft zu begründen. *Langue française* kann damit als Knotenpunkt und leerer Signifikant des frühen Frankophoniediskurses interpretiert werden, der es nach der Dislokation des Kolonialdiskurses ermöglicht, dass differente Elemente in eine Äquivalenzbeziehung treten und sich gleichzeitig gegenüber einem antagonistischen Außen abgrenzen – dem Kolonialismus. In frankophoniekritischen Texten

werden *langue française* und *francophonie* hingegen mit „Autokratie“ und „Neokolonialismus“ äquivalent gesetzt (ebd.).

Ab Ende der 1980er- und v. a. in den 1990er-Jahren beginnt eine Verschiebung des Frankophoniediskurses. Zum einen wird das Wort *francophonie* zunehmend häufig benutzt – die Wortfolge *langue française* hingegen seltener. Darüber hinaus wird *francophonie* mit Begriffen wie „Frieden“ und „Demokratie“ verknüpft, die im Kontext der internationalen Beziehungen insbesondere nach 1990 für das Gute und Richtige stehen. Ende der 1990er-Jahre stabilisiert sich der Frankophoniediskurs dann um einen neuen Knotenpunkt. Die lexikometrischen Analysen zeigen, dass auf den Gipfelkonferenzen der Frankophonie seit 1999 signifikant häufiger von „kultureller Vielfalt“ gesprochen wird als auf den früheren Gipfelkonferenzen. Mithilfe kodierender Verfahren konnte herausgearbeitet werden, dass an die Stelle von *langue française* nun *diversité culturelle* als neuer Knotenpunkt getreten ist (s. dazu auch Kap. 14 „Kodierende Verfahren in der Diskursforschung“). „Kulturelle Vielfalt“ und „Frankophonie“ werden im neuen Diskurs einer uniformisierenden und homogenisierenden – angelsächsisch dominierten – Globalisierung gegenübergestellt. Diese Zweiteilung des diskursiven Feldes macht die Frankophonie ab Ende der 1990er-Jahre zum Knotenpunkt einer Allianz aller Elemente, die gegen eine homogenisierende und uniformisierende Globalisierung sind. Gleichzeitig werden die organisatorischen Strukturen der Frankophonie gestärkt und der Posten eines Generalsekretärs geschaffen (Glasze 2007, 2009).

Im Frankophoniediskurs ist regelmäßig von „frankophonen Ländern“ bzw. einem „frankophonen Raum“ die Rede. In Karten und weiteren Visualisierungen wird die Frankophonie als Territorium dargestellt. Mit diesen Verknüpfungen von *francophonie* mit Territorial-Räumlichem wird die Gegebenheit eines frankophonen Raums und damit der Frankophonie naturalisiert. Die Existenz der Frankophonie erscheint damit als evident. Auf diese Weise wird also der Frankophoniediskurs in gewisser Weise gegen Kritik immunisiert und damit stabilisiert (ebd.).

Die Ergebnisse der Fallstudie zeigen, dass die Sedimentierung des Diskurses in formalisierten Institutionen und v. a. in Organisationen den Diskurs über die Zeit stabilisiert. Mit den Organisationen wird die Artikulation koordiniert und zudem werden Sprecherpositionen etabliert, von denen aus *im Namen der Gemeinschaft* und *als Gemeinschaft* artikulatorische Akte vollzogen werden können. Darüber hinaus geben die Ergebnisse Hinweise darauf, dass sich erfolgreiche hegemoniale Diskurse dadurch auszeichnen, dass sie Äquivalenzverbindungen zu Signifikanten etablieren, die im jeweiligen diskursiven Kontext bereits hegemonial und als Hochwertbegriffe quasi unhinterfragbar sind. In Gegen-

diskursen scheinen hingegen genau *die* Elemente äquivalent gesetzt zu werden, die im hegemonialen Diskurs als das antagonistische Andere artikuliert werden.

Fazit

Die Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe bildet seit dem Erscheinen von „Hegemony & Socialist Strategy“ 1985 einen wichtigen Bezugspunkt konzeptioneller Debatten im Kontext poststrukturalistisch informierter und politisch ausgerichteter Diskursforschung. Die Bedeutung der Theorie für empirische Arbeiten erklärt sich zum einen aus der Präzision konzeptioneller Schärfe und Kohärenz der Argumentation wie auch aus dem Umstand, dass Laclau und Mouffe eine Reihe von Konzepten wie bspw. Antagonismus, Identität etc. für die Diskursforschung fruchtbar machen. Somit steht ein Set an Konzepten zur Verfügung, welches in lebhaften Debatten weiterentwickelt wurde und wird (s. bspw. Stäheli 1995; Stavrakakis 1998; Glynos und Stavrakakis 2004; Howarth 2004; Marchart 2004; Nonhoff 2006; Angermüller 2007) und welches inzwischen auch mehrfach in die Konzeption humangeographische Forschungsprojekte eingeflossen ist (Mattissek 2005; Glasze 2007; Dzudzek 2008; Brailich, Germes, Glasze, Pütz und Schirmel 2009). Einen Schwerpunkt dieser Arbeiten stellt die Konzeptionalisierung der diskursiven Herstellung kollektiver Identitäten dar. Darüber hinaus bietet die Theorie die Möglichkeit, im Sinne einer poststrukturalistischen Perspektive auch die Widersprüche und Brüche, die in raumbezogenen Konflikten auftreten, sichtbar zu machen und in der Analyse zu berücksichtigen (Mattissek 2008).

Literatur

- Althusser, Louis (1977 [1970]): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Berlin: VSA.
- Anderson, Benedict (1988 [1983]): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Angermüller, Johannes (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich, Bielefeld: transcript.
- Brailich, Adam/Germes, Méлина/Glasze, Georg/Pütz, Robert/Schirmel, Henning (2009): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Frankreich, Deutschland und Polen. Europa Regional 17 (im Druck).

- Bührmann, Andrea D./Schneider, Werner (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld: transcript.
- Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.), Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos, S. 21–41.
- Dzudzek, Iris (2008): Kulturelle Vielfalt versus kulturelle Hegemonie. Eine diskursanalytische Untersuchung kultur-räumlicher Repräsentationen und identitätspolitischer Kämpfe in der UNESCO (= unveröff. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Münster), Münster.
- Foucault, Michel (1973 [1969]): Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin: Merve.
- Glasse, Georg (2007): The discursive constitution of a world spanning region and the role of empty signifiers: the case of Francophonie. *Geopolitics* 12 (4), S. 656–679.
- Glasse, Georg (2009): Politische Räume. Die diskursive Konstitution eines „geokulturellen Raums“ – die Frankophonie, Bielefeld: transcript (im Druck).
- Glynos, Jason/Stavrakakis, Yannis (2004): Encounters of the real kind. Sussing out the limits of Laclau’s embrace of Lacan. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), Laclau. A critical reader, New York/London: Routledge, S. 201–216.
- Gramsci, Antonio (1991ff. [1948ff.]): Gefängnishefte, Hamburg: Argument.
- Howarth, David (2004): Hegemony, political subjectivity and radical democracy. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), Laclau. A critical reader, New York/London: Routledge, S. 256–276.
- Howarth, David/Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2000): Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change, Manchester & New York: Manchester University Press.
- Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. In: Keller, Reiner/Hirse-land, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Theorien und Methoden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83–114.
- Jörke, Dirk (2004): Die Agonalität des Demokratischen. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hg.), Die Rückkehr des Politi-

- schen. *Demokratiethorien heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 164–184.
- Keohane, Kieran (1997): *Symptoms of Canada: an essay on the Canadian identity*, Toronto: University of Toronto Press.
- Lacan, Jacques (1973 [1966]): *Schriften I. Das Werk von Jacques Lacan*, Berlin: Quadriga.
- Laclau, Ernesto (1990): *New reflections on the revolution of our time*, London: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): The death and resurrection of the theory of ideology. *Journal on Political Ideology* 1 (3), S. 201–220.
- Laclau, Ernesto (2002 [1996]): Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Laclau, Ernesto (Hg.), *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia + Kant, S. 65–78.
- Laclau, Ernesto (2005): *On populist reason*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007 [2006]): Ideologie und Post-Marxismus. In: Nonhoff, Martin (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 25–39.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony & socialist strategy: towards a radical democratic politics*, London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Preface to the second edition. In: Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (Hg.), *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*, London/New York: Verso, S. vii–xix.
- Marchart, Oliver (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant.
- Marchart, Oliver (2004): Politics and the ontological difference. On the ‘strictly philosophical’ in Laclau’s work. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), *Laclau. A critical reader*, New York/London: Routledge, S. 54–72.
- Mattisek, Annika (2005): Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Frankfurt am Main. In: Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfes, Manfred (Hg.), *Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*, Bielefeld: transcript, S. 105–136.
- Mattisek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*, Bielefeld: transcript.
- Mouffe, Chantal (1988): Hegemonie und neue politische Subjekte: eine neue Konzeption von Demokratie. *kultuRRRevolution* 17/18, S. 37–41.

- Mouffe, Chantal (2000): Conclusion: The ethics of democracy. In: Mouffe, Chantal (Hg.), *The democratic paradox*, London: Verso, S. 129–140.
- Mouffe, Chantal (2005 [1993]): *The return of the political*, London/New York: Verso.
- Mouffe, Chantal (2007a [2004]): Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaften. In: Nonhoff, Martin (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 41–53.
- Mouffe, Chantal (2007b [2005]): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie: das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript.
- Norris, Andrew (2006): Ernesto Laclau and the logic of ‘the political’. *Philosophy & social criticism* 32 (1), S. 111–134.
- Norval, Aletta J. (1996): *Deconstructing Apartheid Discourse*, London: Verso.
- Phillips, Louise/Jørgensen, Marianne W. (2002): *Discourse analysis as theory and method*, London: Sage.
- Sarasin, Philipp (2003): Die Wirklichkeit der Fiktion. Zum Konzept der „imagined communities“. In: Sarasin, Philipp (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 150–176.
- Scharmacher, Benjamin (2004): *Wie Menschen Subjekte werden. Einführung in Althussers Theorie der Anrufung*, Marburg: Tectum.
- Stäheli, Urs (1995): Gesellschaftstheorie und die Unmöglichkeit ihres Gegenstandes: Diskurstheoretische Perspektiven. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, S. 361–390.
- Stavrakakis, Yannis (1998): Laclau mit Lacan. In: Marchart, Oliver (Hg.), *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemoniethorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant, S. 177–189.
- Stavrakakis, Yannis (1999): *Lacan and the political. Thinking the political*, London: Routledge.
- Stavrakakis, Yannis (2000): On the emergence of green ideology: the dislocation factor in green politics. In: Howarth, David R. /Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis (Hg.), *Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change*, Manchester/New York: Manchester University Press, S. 100–118.

- Stavrakakis, Yannis (2001): Identity, political. In: Foweraker, Joe/ Clarke, Paul A. B. (Hg.), *Encyclopedia of contemporary democratic thought*, London: Routledge, S. 333–337.
- Torfinn, J. (1999): *New theories of discourse: Laclau, Mouffe and Žižek*, Oxford: Blackwell.
- Žižek, Slavoj (1998 [1990]): *Jenseits der Diskursanalyse*. In: Marchart, Oliver (Hg.), *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant, S. 123–131.